

## Anfragen zum Plenum

in der 4. Kalenderwoche

### Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

**Benjamin Adjei**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration plant, Künstliche Intelligenz (KI) und Maschinelle Lernverfahren im Rahmen der Bekämpfung von Kinderpornografie einzusetzen, ob sich die Staatsregierung zum Einsatz von KI im Bereich der Kinderpornografie bereits mit anderen Landesregierungen – insbesondere Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen – und anderen Landeskriminalämtern ausgetauscht hat und wie sie die Wirksamkeit dieser Maßnahme einschätzt?

**Horst Arnold**  
(SPD)

Unter Bezugnahme auf die Ankündigung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder (Grundsatzrede vom 15.01.2020 im Rahmen der Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion), demnach München bis 2025 ein eigener Regierungsbezirk werden solle, frage ich die Staatsregierung, wie sich der Zeitplan bis zu diesem Zieldatum genau gestaltet (geplante Schritte, vorbereitende Maßnahmen, Klärungsbedarfe etc.), welche rechtlichen Voraussetzungen zur Umsetzung dieser Ankündigung zu erfüllen sind und mit welchen finanziellen Auswirkungen die Staatsregierung rechnet?

**Inge Aures**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ob es zutrifft, dass einzelne Abgeordnete Einfluss auf die Vergabe von Fördermitteln bei Kindertagesstätten nehmen können, falls ja, warum und auf welche Weise?

**Johannes Becher**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Anlässlich der Geschwindigkeitsbegrenzungen für die Teilstrecken der A 94 zwischen Pastetten und Heldenstein ab dem 01.02.2020, die Ministerpräsident Dr. Markus Söder am 08.01.2020 beim Ortstermin zugesagt hat, frage ich die Staatsregierung, auf welchen Streckenabschnitten genau werden konkret welche Geschwindigkeitsbegrenzungen gelten und inwieweit sind für die Einführung der Geschwindigkeitsbegrenzungen die rechtlichen Hindernisse relevant, die das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr in seiner Antwort vom 08.01.2020 auf unsere Schriftliche Anfrage vom 27.11.2019 (Drs. 18/5575) angeführt hatte?

**Franz Bergmüller**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele landwirtschaftliche Betriebe in Oberbayern haben jedes Jahr in den letzten zehn Jahren in absoluten Zahlen von Öko-Landbau auf konventionellen Landbau rückumgestellt und wie viele landwirtschaftliche Betriebe in Oberbayern haben jedes Jahr in den letzten zehn Jahren aufgegeben, die zuvor Öko-Landbau betrieben haben und welche Gründe haben sie in beiden Fällen für ihre Entscheidung angegeben?

**Cemal Bozoğlu**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Angesichts der aktuellen Pressenachrichten zur rechtsextremistischen Webseite „Judas-Watch“ frage ich die Staatsregierung, warum die Seite so lange online operieren konnte, wie die Staatsregierung die Gefährdungslage für die dort aufgeführten Personen, insbesondere mit Hinblick auf aktuelle Fälle rechter Gewalt, einschätzt und ob es außer dem Jugendschutz keinen weiteren Handlungsrahmen zum Sperren solcher rechtsextremer Pranger-Seiten gibt.

**Florian von Brunn**  
(SPD)

Nachdem nach Aussagen der Staatsregierung eine Anpassung und Erweiterung des Wasserschutzgebietes Thalham-Reisach-Gotzing notwendig ist (Antworten auf die Anfrage zum Plenum des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD) vom 04.02.2019 - Drs. 18/287 und 11.02.2019 - Drs. 18/353) und „die ordnungsgemäße Durchführung des Festsetzungsverfahrens des Wasserschutzgebietes Thalham-Reisach-Gotzing zum Schutz der Wasserversorgung der Landeshauptstadt München durch das zuständige Landratsamt Miesbach oberste Priorität“ hat (Antwort auf die Anfrage zum Plenum des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD) vom 03.06.2019 – Drs. 18/2481), frage ich – ein Jahr nach Behandlung der entsprechenden Petition im Landtag – die Staatsregierung, warum das Schutzgebietsverfahren immer noch nicht abgeschlossen ist, welche konkreten Schritte von Staatsregierung, Landratsamt Miesbach und allen anderen zuständigen bayerischen Behörden seit meiner letzten Anfrage im Juni 2019 diesbezüglich durchgeführt wurden (bitte mit Auflistung aller Schritte wie z. B. Schreiben, Anordnungen, Maßnahmen etc. mit Ausführendem, Datum und Inhalt), und schließlich, bis wann genau das Schutzgebietsverfahren endlich abgeschlossen sein wird?

**Dr. Markus Büchler**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Fahrzeuge wurden im zweiten Halbjahr 2019 neu angeschafft bzw. geleast, wie viele reine Elektrofahrzeuge wurden im zweiten Halbjahr 2019 neu angeschafft bzw. geleast und wie viele Hybridfahrzeuge wurden im zweiten Halbjahr 2019 neu angeschafft bzw. geleast?

**Kerstin Celina**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, teilt sie die Auffassung, dass der Betreuungsumfang in Kindertageseinrichtungen und bei Kindertagespflege durch die Eltern zu bestimmen ist, inwiefern kann nach Auffassung der Staatsregierung ein Jugendamt aus wirtschaftlichen Gründen, insbesondere in Anbetracht des Urteils des Bundesverwaltungsgerichtes vom 23.10.2018 (BVerwG 5 C 15.17), eine Begrenzung des Betreuungsumfangs entgegen dem elterlichen Willen festsetzen und inwiefern kann ein Jugendamt aus pädagogischen oder sonstigen Gründen eine Begrenzung des Betreuungsumfangs gegen die elterliche Entscheidung festlegen?

**Maximilian Deisenhofer**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele (numerisch und prozentual) Lehrkräfte in den letzten fünf Jahren im Schulsystem (aufgeschlüsselt nach Schulart und -jahr) die Möglichkeit genutzt haben, vor Vollendung des 65. Lebensjahrs in Pension zu gehen bzw. einen sogenannten Antragsruhestand beantragt haben, in welchem Alter diese Lehrkräfte in Pension gegangen sind und wie viele Unterrichtsstunden durch die Abschaffung dieser Möglichkeit generiert werden können?

**Gülseren Demirel**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Personen wurden aus Bayern im Rahmen der Sammelabschiebung nach Afghanistan am 14.01.2020 abgeschoben (bitte einzeln die Aufenthaltsdauer in Deutschland, rechtskräftig verurteilte Straftäter sowie die Straftaten und Strafmaße und Personen, die gearbeitet oder einen Ausbildungsplatz hatten und die Zahl der anwaltlichen Vertretungen auflisten), warum wurden Personen überhaupt in den konkreten Abschiebevorgang genommen, wenn es doch unmittelbare Gründe gibt, weshalb sie nicht abgeschoben werden sollten (siehe die Antwort der Staatsregierung auf die Anfrage zum Plenum der Abgeordneten Gülseren Demirel in der 26. KW 2019 – Drs. 18/2752: die Abschiebung erfolgt nach einer „Gesamtbeurteilung unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls“), welche Konsequenzen hat die Staatsregierung nach dem Tod eines 22-jährigen Geflüchteten aus Somalia im Schweinfurter Polizeigewahrsam am 26.02.2019 gezogen?

**Albert Duin**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung in Bezug auf die Antwort der Staatsregierung vom 03.12.2019 auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Martin Hagen und Matthias Fischbach vom 27.09.2019 „Sicherheit in der bayerischen IT“ (Drs. 18/5303), inwieweit die Umstellung der Windows-Server 2008 auf die Version 2016 zum Supportende am 14.01.2020 vollzogen worden ist, inwieweit die Einstellung der Verwendung von PHP 5 zum Jahresende erfolgt ist und wie sich die Sicherheitsrichtlinien des Freistaates Bayern für Webanwendungen konkret darstellen (bitte gesamtes Dokument beifügen)?

**Martina Fehlner**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele der Beschlüsse des Runden Tisches der Staatsregierung zum Artenschutz sich bereits in der konkreten Umsetzung befinden, wie viele staatliche Flächen zur Umsetzung des Volksbegehrens „Rettet die Bienen“ bereits entsiegelt und biologisch aufgewertet worden sind (bitte Angabe in Hektar und in Relation zum Gesamtvolumen der staatlichen Flächen in Bayern) und wie viele der geplanten Bienen-Highways durch die staatlichen Bauämter bereits umgesetzt worden sind (bitte Angabe von bereits umgesetzten Kilometern in Relation zu den insgesamt geplanten Kilometern)?

**Matthias Fischbach**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung anlässlich der Pressemitteilung von Staatsminister für Unterricht und Kultus Prof. Dr. Michael Piazzolo am 07.01.2020, in der dienstrechtliche Maßnahmen an Grund-, Mittel- und Förderschulen (Erhöhung Mindeststundenmaß bei Antragsteilzeit, Antragsruhestand, Arbeitszeitkonto und Unterrichtspflichtzeiterhöhung bei Grundschullehrkräften, Absage an neue Freistellungsmodelle) sowie weitere „Unterstützungsangebote für Lehrkräfte und Schulleitungen“ angekündigt werden und der Staatsminister erklärt, dass „Prognosen zeigen, dass in den nächsten Jahren große Herausforderungen vor uns liegen“ und man auf „die Mitwirkung unserer Lehrerinnen und Lehrer angewiesen“ sei, um welche Prognosen handelt es sich hierbei (bitte um vollständige Vorlage der relevanten Prognosen inklusive der Prognosen über den Beginn der angekündigten „Rückgabephase“ der nun angeordneten Zusatzstunden für Grundschullehrkräfte, Darlegung des Erstellungszeitpunkts der Prognosen und Erläuterung der wesentlichen Faktoren, die dafür ausschlaggebend sind, dass die dienstrechtlichen Maßnahmen nun „ergriffen werden müssen“), wie können bzw. sollen die „Unterstützungsangebote für Lehrkräfte und Schulleitungen“ umgesetzt werden (bitte um konkrete Darstellung der Planungen und der jeweiligen finanziellen Größenordnung aufgegliedert nach einzelnen Angeboten sowie Lehrkräften und Schulleitungen sowie Bezugnahme auf die Rolle bzw. Beteiligung anderer politischer Ebenen und der Träger bei der Umsetzung) und mit welchen Folgen rechnet die Staatsregierung für die Situation an den Schulen (bitte um Bezugnahme auf außerunterrichtliche Aufgaben von Lehrern, Lehrqualität und aktuellen Krankenstand der betroffenen Schulformen im Vergleich mit anderen allgemeinbildenden Schulen und Darstellung der Zahl der Lehrkräfte, die aktuell noch weniger als das neue Mindeststundenmaß von 24 bzw. 23 Stunden arbeiten, in einem Histogramm nach Stundenzahl, der Zahl der gestellten Anträge auf einen Beginn des Antragsruhestands vor Vollendung des 65. Lebensjahres etc.)?

**Patrick Friedl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Da Staatsminister für Unterricht und Kultus Prof. Dr. Michael Piazzolo den Lehrerinnen- bzw. Lehrermangel mit Maßnahmen wie, dass Lehrkräfte kein Sabbatjahr mehr einreichen können, die Mindeststundenzahl bei Teilzeit steigt und der Ruhestand tatsächlich erst ab 65 angetreten werden kann, beheben möchte, frage ich die Staatsregierung, wie viele Lehrerinnen und Lehrer in Unterfranken akut von den genannten Maßnahmen betroffen sind bzw. sein werden (bitte aufgegliedert nach Art der Maßnahme – Sabbatjahr, steigende Mindeststundenzahl bei Teilzeit und früherer Ruhestandseintritt – jeweils nach Schulart), welchen bereits gestellten Anträgen auf oben genannte Maßnahmen unterfränkischer Lehrkräfte nicht stattgegeben werden kann (bitte aufgegliedert nach Art der Maßnahme – Sabbatjahr, steigende Mindeststundenzahl bei Teilzeit steigt und früherer Ruhestandseintritt – jeweils nach Schulart) und wie die Grundschulen in Unterfranken mit den anteiligen Mehrarbeitsstunden der Lehrkräfte umgehen sollen?

**Barbara Fuchs**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse liegen der Staatsregierung zu den Ursachen für das Versiegen der Aischquelle bei Burgbernheim vor, welchen Einfluss hat nach Kenntnis der Staatsregierung der Gips-Abbau in der Region auf die Wasserverfügbarkeit und wie hat sich der Wasserstand der Aisch in den letzten zehn Jahren entwickelt (bitte nach verfügbaren Messstellen auflisten)?

**Thomas Gehring**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Lehrkräfte haben in den letzten fünf Jahren im Schulsystem (aufgeschlüsselt nach Schulart) die Möglichkeit genutzt, ein sogenanntes Sabbatjahr umzusetzen, wie wird der Unterricht bei diesem Freistellungsmodell kompensiert und wie viele Unterrichtsstunden können jetzt jeweils an Grund-, Mittel und Förderschulen durch diese Maßnahme generiert werden?

**Martin Hagen**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern sie im Rahmen der Novellierung des Bayerischen Behindertengleichstellungsgesetzes (BayBGG) eine mit der Richtlinie (EU) 2016/2102 konforme Ausgestaltung des BayBGG plant, indem eine Umsetzung der Barrierefreiheit mit festem Zeitplan festgelegt wird und die Barrierefreiheit auf weitere Bestandteile wie Antragsverfahren, Verfahren zur elektronischen Vorgangsbearbeitung, elektronische Aktenführung, Apps und Intranet ausgeweitet wird?

**Volkmar Halbleib**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Unternehmen im Freistaat Bayern (bitte geordnet nach Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städte mit Angabe der betrieblichen Branchen) haben aktuell in welchem Umfang Kurzarbeit angemeldet, welche Maßnahmen hält die Staatsregierung zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen allgemein oder im Einzelfall für notwendig?

**Christina Haubrich**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie plant die Staatsregierung den Ausfall der notfallmedizinischen Versorgung, wie in Aichach-Friedberg über die Weihnachtsfeiertage, in Zukunft zu verhindern, welche Ursachen sieht sie für die steigenden Ausfallzahlen der Notärztinnen und Notärzte und inwiefern hält die Staatsregierung Änderungen an den Regeln des Sicherstellungsauftrags der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns für sinnvoll?

**Dr. Wolfgang Heubisch**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchen Gründen ist eine neue Machbarkeitsstudie für das geplante Münchner Konzerthaus, wie sie im Münchner Merkur (Ausgabe vom 16.01.2020) angekündigt wurde, von der Staatsregierung veranlasst worden (z. B. Kostensteigerungen, Baumaterialien etc.) , weshalb sind die Akustikpläne des zuständigen Architekturbüros noch nicht veröffentlicht und wie hoch schätzt die Staatsregierung die aktuellen Kostensteigerungen (bitte die Höhe der Kostensteigerung sowie deren Zusammensetzung angeben) ein?

**Christian Hierneis**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nachdem in der Planungsregion München sehr viele Gewässer 3. Ordnung noch keinen guten ökologischen Zustand nach der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) erreicht haben, frage ich die Staatsregierung, wie viele Mittel (in Euro) in der Planungsregion München bisher für die (Wieder-)Herstellung eines guten ökologischen Zustands dieser Gewässer, der auch die Durchgängigkeit dieser Gewässer beinhaltet, ausgegeben wurden, wie viele Mittel (in Euro) noch notwendig sind, um bis zum Jahr 2027 einen guten ökologischen Zustand aller Gewässer 3. Ordnung in der Planungsregion München, der auch die Durchgängigkeit dieser Gewässer beinhaltet, (wieder-)herzustellen und welche Mittel im aktuellen Haushalt dafür zur Verfügung stehen?

**Dr. Helmut Kaltenhauser**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, worauf der im Nachtragshaushalt 2019/2020 auf Seite 431 erläuterte Mehrbedarf in Höhe von insgesamt 5,7 Mio. Euro für die Erstellung und den Versand von Gratulationsschreiben des Ministerpräsidenten im Jahr 2020 zurückzuführen ist, zu welchen Anlässen diese Gratulationsschreiben versendet werden sollen und was dagegen spricht, diese elektronisch zu verschicken?

**Annette Karl**  
(SPD)

Nachdem der Preis für das Bayern-Ticket zum 01.01.2020 gestiegen ist, frage ich die Staatsregierung, welche Maßnahmen sie ergreifen möchte, um auch im SPNV die Rabatttickets, wie das Bayern-Ticket, kurzfristig preislich günstiger zu gestalten, nachdem durch Senkung des Mehrwertsteuersatzes für den Fernverkehr und die Senkung der Preise für die Bahncard 100 und 50 und 25 die Bahnnutzer günstiger reisen können und auf welchem Stand sich die Machbarkeitsstudie „Durchgängiger Vertrieb und einheitlicher Tarif in Bayern“ befindet?

**Claudia Köhler**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Im Zusammenhang mit dem von der TU München am 17.01.2020 öffentlich gemachten Gutachten von [REDACTED] über die Rechtmäßigkeit des Einsatzes von hoch angereichertem Uran im Forschungsreaktor FRM II in Garching frage ich die Staatsregierung, seit wann der Staatsregierung bekannt ist, dass die TU München dieses Gutachten in Auftrag gab, wie hoch waren die Kosten für die Erstellung des Gutachtens und wie beurteilt die Staatsregierung diese Auftragsvergabe hinsichtlich der Tatsache, dass sich der weit überwiegende Teil der Abhandlung mit unstrittigen Themen befasst?

**Andreas Krahl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wann ist mit einer Ausrüstung der Bahnen in den Landkreisen Weilheim-Schongau und Garmisch-Partenkirchen, d. h. Werdenfelsbahn, Ammertalbahn, Pfaffenwinkelbahn und Kochelseebahn mit leistungsstarken Repeatern zur störungsfreien WLAN-Nutzung zu rechnen bzw. wann ist von einer Erhöhung der Dichte der Hot Spots auf jeden dritten Streckenkilometer auszugehen, wie sie aus einer Antwort der Deutschen Bahn auf eine Anfrage der FDP-Fraktion im Bundestag von 2018 hervorgeht, damit ein verbesserter Empfang mobiler Daten möglich wird?

**Susanne Kurz**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob das Staatsministerium für Digitales eine Ansprechperson für die Belange der bayerischen Filmwirtschaft speziell zum Thema sozial-ökologische Transformation benannt hat, wenn ja, wie gestalten sich die Aufgabengebiete und Zuständigkeiten, wenn nein, ist es geplant, dass eine solche Ansprechperson benannt wird?

**Jürgen Mistol**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nachdem die bayerischen Wohnraumförderungsbestimmungen 2012 (WFB 2012) dahingehend geändert wurden, dass bei der Förderung von Mietwohnraum die Dauer der Belegungsbindung wahlweise 25 oder 40 Jahre betragen kann, frage ich die Staatsregierung, wie viele Förderanträge für Mietwohnraum in Mehrfamilienhäusern seither gestellt wurden, bei wie vielen die Dauer der Belegungsbindung jeweils auf 25 bzw. 40 Jahre entfällt und in wie vielen Fällen in den letzten zehn Jahren Darlehen gemäß 16.3 WFB 2012 vorzeitig vollständig zurückgezahlt wurden (bitte alle Teilfragen aufschlüsseln nach Regierungsbezirken und Jahren)?

**Ruth Müller**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie haben sich die Angebotsmieten für den Zeitraum 2014 bis 2018 in den Gemeinden im Landkreis Landshut entwickelt und welche kommunalen Wohnungsbauprojekte wurden umgesetzt (bitte Auflistung nach Jahren und unterteilt nach Gemeinden und bezüglich der Mieten mit prozentualer Steigerung im Vergleich zum Vorjahr)?

**Alexander Muthmann**  
(FDP)

Nachdem der Ministerrat im Juli 2019 beschlossen hat, dass es ab dem Wintersemester 2020/2021 an sieben bayerischen Hochschulen primärqualifizierende Studiengänge in der Pflegeausbildung geben wird, mir das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst zumindest hinsichtlich der TH Deggendorf mitgeteilt hat, die erforderlichen Ressourcen seien für den Nachtragshaushalt 2020 angemeldet, nun aber im Entwurf des Nachtragshaushalts 2019/2020 keine entsprechenden Mittel zu finden sind, frage ich die Staatsregierung, in welchem Planungsstand sich die einzelnen Hochschulen bei dem Aufbau dieses Studiums befinden (bitte dabei auch die von den einzelnen Standorten kommunizierten finanziellen und personellen zusätzlichen Bedarfe nennen), welche Ressourcen hierfür jeweils im Nachtragshaushaltsentwurf der Staatsregierung für das Jahr 2020 eingeplant sind (bitte für alle Standorte einzeln unter Angabe der einzelnen Haushaltstitel angeben) und an welchen für die im Juli 2019 angekündigten Studienstandorte der Studienbetrieb zum Wintersemester 2020/2021 beginnen wird (bitte unter Angabe der Zahl der Studienplätze)?

**Tim Pargent**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob allen zum jetzigen Zeitpunkt in Herrsching Beschäftigten eine Weiterbeschäftigungsgarantie nach Wunsch in Kronach oder am jeweiligen Wohnort gegeben werden kann (bitte aufgegliedert für Verwaltung, Haustechnik und hauptamtliche/nebenamtliche Dozentinnen und Dozenten), wie die in Herrsching stehenden Gebäude nach dem geplanten Umzug im Jahr 2030 zweckgemäß genutzt werden können (bitte getrennt angeben für die 2013 neu gebauten bzw. 2007 und 2019 (teil-)sanierten Bauteile A.1 und A, die denkmalgeschützten Bauteile B bis D und alle weiteren Bauteile) und inwiefern der Nutzen der aktuell geplanten Standortverlegung von Herrsching nach Kronach den Nutzen der bisherigen Planung einer Weiternutzung des Standortes in Herrsching und teilweisen Standortverlegung nach Kronach übersteigt (bitte angeben nach monetären, organisatorischen und studienrelevanten Argumenten)?

**Doris Rauscher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, bis wann die angekündigte neue Förderrichtlinie für die Pädagogische Qualitätsbegleitung in bayerischen Kindertageseinrichtungen vorgelegt wird, die Grundlage für die Vergabe von Fördermitteln im Haushaltsjahr 2020 sein soll, wie viele Stellen für eine Pädagogische Qualitätsbegleitung wurden für 2020 bereits beantragt und wie wirkt sich das Fehlen der neuen Förderrichtlinie aus (bitte die Vereinbarungen im Hinblick auf vorzeitigen Maßnahmenbeginn, Planungs- und Finanzierungssicherheit der Träger und Qualitätsbegleiter benennen)?



**Markus Rinderspacher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kenntnisse hat sie über die Entwicklung des Agierens chinesischer Nachrichtendienste in Bayern seit 2015, welche Informationen liegen der Staatsregierung über die Entwicklung des Spionageverhaltens Chinas in Bayern seit 2015 vor, welche Kenntnisse hat die Staatsregierung über womöglich chinesisch initiierte Cyberattacken und APT-Angriffe („Advanced Persistent Threats“) seit 2015 auf Regierungseinrichtungen und andere staatliche Organisationen, Unternehmen der Hoch- und Spitzentechnologie, aber auch auf chinesische Oppositionelle, die in Bayern Zuflucht gesucht haben?

**Dr. Martin Runge**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, hält sie die Platzierung des Haltepunktes Ostbahnhof der zweiten Münchner S-Bahn-Röhre unter der Friedensstraße in 16 Metern Tiefe, so wie dies von Vertretern der DB AG seit Vorstellung der aktuellen Planungen im Sommer 2019 (Haidhausen IV = Werksvierteltrasse) verkündet wird, für machbar, in welcher Tiefe befinden sich die von der neuen S-Bahn-Röhre kurz vor dem eben genannten neu vorgesehenen Haltepunkt Ostbahnhof dann zu überquerenden Tunnelröhren der U 5 und gibt es mittlerweile eine Lösung bezüglich der strittigen Frage um den Standort für die Verladestation der Autoreisezüge?

**Julika Sandt**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welche Schritte sie bereits unternommen hat, um der vom Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie am 11.07.2019 überwiesenen Petition SO.0041.18 zum Schulfrühstück Rechnung zu tragen, welche weiteren Schritte die Staatsregierung plant und welchen Zeitplan sie sich für die Umsetzung dieser Vorhaben gesetzt hat?

**Toni Schuberl**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, plant die Staatsregierung im Zuge der Verlängerung der Regelstudienzeit des Studiengangs Rechtswissenschaften von neun auf zehn Semester gemäß § 5a Abs. 1 S. 1 und § 5d Abs. 2 S. 1 Deutsches Richtergesetz entsprechende Anpassungen in der bayerischen Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Juristen - JAPO (insb. in § 16 Abs. 2 S. 1, § 22 Abs. 2, § 26 Abs. 1 S. 2 sowie beim Freiversuch nach § 37, der bisher nach dem achten Semester erfolgen muss) bzw. einen Gesetzesentwurf zur Anpassung von Art. 57 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 Bayerisches Hochschulgesetz, der die Regelstudienzeit auf neun Semester fest schreibt und wie begründet die Staatsregierung ihr jeweiliges Vorgehen?

**Stefan Schuster**  
(SPD)

Da der Betrieb des Projekts „Schanze“ der Kinderarche GmbH (Berufshilfe Fürth) zum Jahresende 2019 eingestellt wurde, frage ich die Staatsregierung, welche Gründe es hierfür gab, welche Maßnahmen die Staatsregierung für eine Fortführung und Zukunftssicherung des Projektes sieht und welche Alternativen es aktuell für die von der Projekteinstellung Betroffenen gibt.

**Florian Siekmann**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, von welchen Schulformen (z. B. Gymnasium, Fachoberschule, Wirtschaftsschule, Mittelschule, Realschule) entstammten die Stipendiatinnen und Stipendiaten des Programms „Botschafter Bayerns“ seit dessen Bestehen, wie viele Bewerbungen gingen jährlich ein und wie viele dieser Bewerberinnen bzw. Bewerber besuchten Real-, Wirtschaftsschulen bzw. den M-Zug der Mittelschulen?

**Christoph Skutella**  
(FDP)

Vor dem Hintergrund, dass der Freistaat Bayern bisher keine geologischen Daten zur Ermittlung der Teilgebiete nach § 13 Standortauswahlgesetz an die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) gemeldet hat, frage ich die Staatsregierung, aus welchen Gründen keine Daten, vor allem zu Störungszonen, in Bayern gemeldet wurden und wie der Stand des angekündigten 3D-Modells zur geologischen Beschaffenheit in Bayern für die BGE ist?

**Ursula Sowa**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, für welche Projekte hat die Stadt Bamberg Fördermittel des Landes für Radverkehrsförderung seit 2010 beantragt und welche Anträge wurden in welcher Höhe bewilligt bzw. abgelehnt?

**Dr. Dominik Spitzer**  
(FDP)

Nachdem deutsche Medizinstudierende in Polen seit einigen Monaten keine Approbation von deutschen Landesprüfungsämtern erhalten, frage ich die Staatsregierung, wie viele Medizinstudierende sind von der geänderten polnischen Rechtslage bei bayerischen Ämtern betroffen (Anträge und bisherige Ablehnung), wie ist der Status quo in dieser Angelegenheit und mit welchen Maßnahmen wird den betroffenen Medizinstudierenden geholfen?

**Diana Stachowitz**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie beurteilt sie die Forderung des Staatsministers für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger, Strafzahlungen in Kauf zu nehmen und die Düngeverordnung bewusst auszusetzen, wie stellt sich die Einwendung der Staatsregierung zur Länderanhörung dar (bitte um Übermittlung einer Kopie) und bis wann ist mit der Ausweisung der roten Gebiete nach der Binnendifferenzierung zu rechnen?

**Rosi Steinberger**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, zu welchem Zeitpunkt und mit welchen Anordnungen oder Maßnahmen wurde das Verfahren für ein Tierhaltungsverbot im Milchviehbetrieb in Dietmannsried eingeleitet?

**Dr. Simone Strohmayer**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Deutschkurse, die eine Kinderbetreuung anbieten, gibt es für Mütter mit Migrationshintergrund mit kleinen Kindern (bitte aufgeschlüsselt nach gesamt Bayern, Regierungsbezirken, Städten, Landkreisen und kreisfreien Städten angeben) und wie werden diese Kurse finanziert?

**Martin Stümpfig**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Auswirkungen auf die bayerische Energieforschung erwartet die sie, wenn die Kürzung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie von bis zu 90 Prozent bei Projektförderungen im Bereich der Energieforschung Realität wird, ist die Staatsregierung bereit, auf Bundesebene gegen diese Einschnitte aktiv zu werden und falls ja, in welcher Form wird sie tätig werden?

**Arif Taşdelen**  
(SPD)

Vor dem Hintergrund, dass das Kultusministerium das Schreiben (KMS) vom 11.06.2019 keine weitere Beschränkung der Aufnahme in Berufsintegrationsklassen für nicht berufsschulpflichtige Schülerinnen und Schüler im Alter zwischen 21 und 25 Jahren aufgrund des Herkunftslandes vorsieht, frage ich die Staatsregierung, warum Schulen bereits im Herbst 2019 die Weisung erhielten, den Zugang für nicht berufsschulpflichtige Schülerinnen und Schüler im Alter zwischen 21 und 25 Jahren auf Personen aus zwei Herkunftsstaaten (Syrien und Eritrea) einzuschränken und wann und in welcher Form das Staatsministerium für Unterricht und Kultus diese Beschränkung umsetzen wird?

**Anna Toman**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Hiermit frage ich die Staatsregierung, wie viele Unterrichtsstunden generiert werden können, wenn alle Grundschullehrkräfte statt 28 Stunden künftig 29 Stunden ableisten müssen, was bedeutet diese Regelung für die Teilzeitlehrkräfte an den Grundschulen und über welchen Zeitraum müssen die Lehrkräfte eine Stunde Mehrarbeit leisten?

**Gabriele Triebel**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Lehrkräfte an den Förder-, Grund- und Mittelschulen in Teilzeit arbeiten (absolut und prozentual), welchen Stellenumfang diese Teilzeitkräfte jeweils haben und wie viele Stunden generiert werden können, wenn die Antragsteilzeit auf ein Mindeststundenmaß angehoben werden soll?

**Hans Urban**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, gibt es seitens der Autobahndirektion Oberbayern Süd Überlegungen oder Planungen an der A95 München – Garmisch-Partenkirchen auf Höhe des Ortsteils Haidach eine Lärmschutzmaßnahme zu errichten, wenn ja, welcher Art und zu welchem Zeitpunkt?

**Dr. Sabine Weigand**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, an welche Fachfirma die Erstellung eines unabhängigen Gutachtens zur Verkehrserschließung der Plassenburg in Kulmbach vergeben wurde, welche Lösungsvarianten abgestimmt werden bzw. wurden und welche Akteure an dieser Abstimmung beteiligt sind bzw. waren?

**Margit Wild**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Vollzeitstellenäquivalente sollen jeweils durch die vom Staatsminister für Unterricht und Kultus angekündigten einzelnen Maßnahmen (1 Stunde Mehrarbeit, Verschiebung des Antragsruhestandes, Streichung des Sabbatjahres, Teilzeitarbeit nur noch bis 24 Lehrerwochenstunden) für welches Schuljahr erwirtschaftet werden und welche Maßnahmen ergreift die Staatsregierung darüber hinaus, um mehr Lehramtsstudierende zu gewinnen und zum Eintritt in den Staatsdienst zu ermuntern?

**Christian Zwanziger**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern können die Gebiete Nebelhorn und Söllereck, für die sich laut der Antwort der Staatsregierung auf die Schriftliche Anfrage vom 23.10.2019 (Drs. 18/5306) Anträge in Prüfung befinden, als „kleine Ski-gebiete“ definiert werden, die die „Förderrichtlinie des Freistaates zur Förderung von Seilbahnen und Nebenanlagen in kleinen Ski-gebieten“ nach der Zahl der Pistenkilometer (max. 3 km) oder der Zahl der Hotelzimmerkapazität der Gemeinde (max. 2 000 Hotelzimmer) definiert, inwiefern bei der Antragsbewilligung im Programm auch etwaige Absichten zur Kapazitätserweiterung berücksichtigt werden und warum die Staatsregierung sich dagegen entschieden hat, die Einbettung in ein regionales seilbahntouristisches Konzept zur Fördervoraussetzung zu machen, wie es die Alpenschutzkommission CIPRA vorgeschlagen hat (siehe hierzu unter anderem die Pressemitteilung „Alpin- und Umweltverbände fordern öffentliche Debatte über die Zukunft der bayerischen Seilbahnförderrichtlinie“ vom 06.12.2019)?